

Dresdner Volkszeitung

Verlagsamt: Dresden,
Guben & Comp., Nr. 1298.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verlagsamt:
Gub. Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die wöchentlichen Schanncraktionen der Amtshauptmannschaft Dresden-Altfeld.

Abonnementspreis: einschließlich Frangierlohn monatlich 7,00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 21,00 M., unter Anrechnung für Deutschland monatlich 10,00 M. (Einschluß Nr. 10).

Schriftleitung: Berlinplatz 10, Tel. 55201.
Verkaufsstelle: Berlinplatz 10, Tel. 55201.
Belegzeit: von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Anzeigenpreis: die halbspaltige Komposition 2,00 M., Familienanzeigen 2,00 M., die halbspaltige Komposition 9,00 M. Bei mehrmaliger Aufgabemehrung. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme am morgendlichen Morgen. Für Preisüberlegung 10 Pf.

Nr. 242

Dresden, Sonnabend den 15. Oktober 1921

32. Jahrg.

Rücksichtslose Profitgier

Immer wieder bekommen wir jetzt, wo man sich bemüht, die Sozialdemokratie mit der Deutschen Volkspartei zusammen in die Regierung hineinzubringen, zu hören, man laufe die Vertreter der Industrie und des Großhandels in der Regierung nicht an, wenn man den wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands nicht erschweren wollte. Daraus geht hervor, daß die Wirtschaftspolitik der Herren von der Industrie und vom Handel wirklich ungenügend ist, daß sie zu tun bereit sind, was im Interesse des Wiederaufbaues der deutschen Wirtschaft liegt. Das ist eine nicht als feindliche Auffassung. Wer nicht mit verdammenden Augen auf der Welt herumläuft, der sieht, daß unser Großkapital vollständig keine Profitinteressen verfolgt, ohne auch mit danach zu fragen, wie viele Volkswirtschaften dabei fähig. Wie es aber die Vertreter der Großindustrie und vom Großhandel bei der Verfolgung ihrer Profitinteressen sind, das hat sich vor einigen Tagen bei der Behandlung der Frage der Ausfuhrabgaben in dem zuständigen Ausschuss des Reichswirtschaftsrates gezeigt. Daß Industrie und Handel ganz unehrliche Vorkämpfer sind, zeigt, wo der Dollar binnen kurzer Zeit von 60 auf 140 gestiegen ist, ist klar. Die Produktionskosten der Industrie im Ausland sind nicht entfernt der Wertung der Mark wert, und die Unternehmer sträuben sich ja auch nicht, die Arbeiter zu einem Ausmaß für die Gewinnmaximierung zu zwingen. Man braucht nur die Vorgänge in Dresden zu erörtern, wo viele Tausende von Arbeitern wochenlang ausgebeutet wurden.

Die Ausfuhrabgaben waren ursprünglich auf 2 bis 10 Proz. bemessen worden, da sich aber letzterzeit ihre Einführung so lange verzögerte, bis unsere Mark gestiegen war und erhebliche Lohnsteigerungen nicht mehr vorhanden waren, wurden die Ausfuhrabgaben zum Teil auf 2 bis 4 Proz. abgemindert, zum Teil ganz aufgehoben. Jetzt hat die Regierung beschlossen, die Ausfuhrabgaben auf durchschnittlich 4 Proz. der Warensummen zu erhöhen. Eine Forderung, die nur zu beklagen ist, zumal das Reich 20 Proz. von jeder Ausfuhr als Zuschlag zu den festen Reparationszahlungen zu entrichten hat. Die Ausfuhrabgabe ist nicht nur nötig, um wenigstens einen kleinen Teil der richtigen Lohnsteigerungen, die jetzt erzielt werden dem schwer notleidenden Reich zuzuführen, sondern auch noch andere wichtigen volkswirtschaftlichen Gründen. Es besteht die Gefahr, daß in Deutschland unheimliche Waren nach dem Ausland gehandelt werden, wenn die Gewinne bei der Ausfuhr allzu hoch sind, und außerdem haben wir ja jetzt schon so oft erlebt, daß ausländische Staaten Einfuhrzölle einführen, um sich vor der zu billigen Einfuhr deutscher Waren zu schützen.

Deshalb muß verhindert werden, durch Erhebung einer deutschen Ausfuhrabgabe der Verschlechterung deutscher Waren im Ausland entgegenzuwirken.

Die Unternehmervertreter im Ausschuss des Reichswirtschaftsrates hätten darüber anerkennen müssen, daß sich das Reich unter der heutigen Verhältnissen mit einer so lächerlich geringen Erhöhung der Ausfuhrabgaben begnügen will. Aber was geschah? Die Vertreter der Industrie bekamen es fertig, in der besagten Sitzung gegen die Erhöhung der Ausfuhrabgaben zu protestieren und verlangten, daß man jetzt diese Frage ruhen lassen solle, obgleich

letzterzeit, als die Ausfuhrabgaben abgebaut wurden, auch in Unternehmerkreisen erkannt wurde, daß bei einer Herabsetzung der Löhne sich sehr wohl über eine Erhöhung der Ausfuhrabgaben reden ließe. Der Bericht zeigt, daß unsere Unternehmer, von wenigen Ausnahmen abgesehen, überhaupt nur einen Sinn für den Profit hat und die Rücksicht auf die wirtschaftlichen Interessen der Allgemeinheit überhaupt nicht kennt. Man hat uns, daß man die „Zachverhältnissen“ in möglichst weitgehendem Umfang mitarbeiten lassen möchte, aber die Herren von der Großindustrie haben bisher ihre Sachverständigkeit nur dazu benutzt, um sich möglichst von allen Lasten zu drücken. Wer glaubt, daß man von einer Mitarbeit der Vertreter der Industrie in der Regierung eine Hilfe bei der Arbeit für die wirtschaftliche Wiedergeburt Deutschlands erwarten könnte, ist arg auf dem Holzwege. Das Unternehmertum hat auch gar kein Interesse daran, daß wir zu geordneten Verhältnissen kommen, besonders nicht daran, daß unsere Mark stabilisiert wird. Hat es doch kaum jemals so glänzende Zeiten für das Großkapital gegeben wie jetzt. In beiden unter den Schwankungen unseres Geldes haben nur die Angestellten, Arbeiter, Beamten und Kleinrentner. Das Unternehmertum stellt sich trotz der Not des Volkes die Taschen wie nie zuvor. Das Berliner Tageblatt, das doch gewiß nicht im Verdacht steht, ein antisozialistisches Organ zu sein, weist die Frage aus, ob der Reichswirtschaftsrat, dieses angeblich volkswirtschaftlich-sachverständige Parlament, in seiner jetzigen Zusammensetzung und Arbeitsweise überhaupt den Anbruch erleben und gemein machen, ökonomische Probleme in einem wirklich volkswirtschaftlichen Sinne, das heißt von dem hohen Standpunkt des Wirtschaftsganges aus, zu betrachten. Das, was der Ausschuss des Reichswirtschaftsrates, der Reichswirtschaftsrat in seiner letzten Sitzung beschlossen hat, ist dem reinen Interessensichtepunkt eingependelt gewesen.

Man muß von der Regierung verlangen, daß sie in der Frage der Ausfuhrabgaben sich nicht nur durch den Einbruch des Unternehmertums, das von seinen eigenen Kräften auch nicht einen kleinen Teil der Allgemeinheit abgeben will, nicht beeinflussen läßt. Vor allem Dingen wird es Aufgabe unserer Partei sein, darauf zu drängen, daß über den Wiederaufbau des volkswirtschaftlichen Großkapitals hinweggegangen wird. Auch an das, was man bisher über das „Kreditgesetz“ der deutschen Industrie gehört hat, liegt daraus fest, daß sich die Herren vom Kapital dabei in erster Linie von dem Blinde leiten lassen, an Stellen zu setzen, wo sie überhand ein starkes Spiel, daß die Herrschaften die Finanzen haben, „staatsrechtliche Monopole“ zu verkaufen. Wenn sie eine Spur von patriotischen Opfern willen hätten, dann müßten sie, wenn sie kommen, dem Reich helfen, eher deshalb eine finanzielle Entlastung zu verlangen.

So wird durch das Verhalten des Unternehmertums der Arbeiterklasse ein sehr lehrreiches Anschauungs- unterricht erteilt. Es ist dringend notwendig, daß das Proletariat dem Großkapital zeigt, es sei bereit, den Kampf gegen die Profitgier der Unternehmertum mit aller Energie zu führen. Nur wenn die Herren Kapitalisten vor dem Kampfeswillen der Arbeiterklasse und ihrer politischen Vertreter haben, werden sie zu wirtschaftlichen und politischen Zugeständnissen bereit sein.

Oberschlesien und die Folgen

Von Hermann Wendt

Einer der blutigen Akte der Weltgeschichte ist vor zwei Jahren die polnische Revolution gewesen. In der Tat und nach dem Willen der deutschen Regierung ist dieser Akt nicht nur ein Akt der polnischen Revolution gewesen, sondern ein Akt der deutschen Revolution. Die deutsche Revolution hat durch die oberste Entscheidung des Reichspräsidenten die deutsche Revolution von neuem zu beleben begonnen. Die deutsche Revolution hat durch die oberste Entscheidung des Reichspräsidenten die deutsche Revolution von neuem zu beleben begonnen. Die deutsche Revolution hat durch die oberste Entscheidung des Reichspräsidenten die deutsche Revolution von neuem zu beleben begonnen.

So schmerzlich aber auch die Sozialdemokraten die Entschlossenheit der Oberschlesien empfinden, nicht weil sie selber eine internationale Revolution erwarten, sondern weil sie in einer internationalen Revolution die deutsche Revolution sehen, so ist es doch ein Akt der deutschen Revolution. Die deutsche Revolution hat durch die oberste Entscheidung des Reichspräsidenten die deutsche Revolution von neuem zu beleben begonnen. Die deutsche Revolution hat durch die oberste Entscheidung des Reichspräsidenten die deutsche Revolution von neuem zu beleben begonnen. Die deutsche Revolution hat durch die oberste Entscheidung des Reichspräsidenten die deutsche Revolution von neuem zu beleben begonnen.

Aber auch alles, was die unversöhnliche Revolution der proletarischen Deutschlands vorantreibt, ist ein Akt der deutschen Revolution. Die deutsche Revolution hat durch die oberste Entscheidung des Reichspräsidenten die deutsche Revolution von neuem zu beleben begonnen. Die deutsche Revolution hat durch die oberste Entscheidung des Reichspräsidenten die deutsche Revolution von neuem zu beleben begonnen. Die deutsche Revolution hat durch die oberste Entscheidung des Reichspräsidenten die deutsche Revolution von neuem zu beleben begonnen.

Bayern immer noch der Hort der Reaktion

Eigene Traktanden

München, 15. Oktober. Die sozialdemokratische Bewegung hat sich in Bayern immer noch als Hort der Reaktion erwiesen. Die sozialdemokratische Bewegung hat sich in Bayern immer noch als Hort der Reaktion erwiesen. Die sozialdemokratische Bewegung hat sich in Bayern immer noch als Hort der Reaktion erwiesen.

Das Reich hat mit der Bekämpfung der sozialdemokratischen Bewegung in Bayern begonnen. Die sozialdemokratische Bewegung hat sich in Bayern immer noch als Hort der Reaktion erwiesen. Die sozialdemokratische Bewegung hat sich in Bayern immer noch als Hort der Reaktion erwiesen.

Die Bekämpfung der sozialdemokratischen Bewegung in Bayern ist ein Akt der deutschen Revolution. Die deutsche Revolution hat durch die oberste Entscheidung des Reichspräsidenten die deutsche Revolution von neuem zu beleben begonnen. Die deutsche Revolution hat durch die oberste Entscheidung des Reichspräsidenten die deutsche Revolution von neuem zu beleben begonnen.

Was hat die sozialdemokratische Bewegung in Bayern begonnen? Was hat die sozialdemokratische Bewegung in Bayern begonnen? Was hat die sozialdemokratische Bewegung in Bayern begonnen?

Die sozialdemokratische Bewegung in Bayern ist ein Akt der deutschen Revolution. Die deutsche Revolution hat durch die oberste Entscheidung des Reichspräsidenten die deutsche Revolution von neuem zu beleben begonnen. Die deutsche Revolution hat durch die oberste Entscheidung des Reichspräsidenten die deutsche Revolution von neuem zu beleben begonnen.

Die Bekämpfung der sozialdemokratischen Bewegung in Bayern ist ein Akt der deutschen Revolution. Die deutsche Revolution hat durch die oberste Entscheidung des Reichspräsidenten die deutsche Revolution von neuem zu beleben begonnen. Die deutsche Revolution hat durch die oberste Entscheidung des Reichspräsidenten die deutsche Revolution von neuem zu beleben begonnen.

Verbot von Protestkundgebungen in Oberschlesien

Opole, 15. Oktober. Die Sozialdemokraten sind durch das Verbot von Protestkundgebungen in Oberschlesien sehr empfindlich. Die Sozialdemokraten sind durch das Verbot von Protestkundgebungen in Oberschlesien sehr empfindlich. Die Sozialdemokraten sind durch das Verbot von Protestkundgebungen in Oberschlesien sehr empfindlich.

Ein Anschlag auf den englischen Botschafter

Opole, 15. Oktober. Auf dem englischen Botschafter in Opole wurde ein Anschlag verübt. Der Anschlag wurde durch einen polnischen Arbeiter verübt. Der Anschlag wurde durch einen polnischen Arbeiter verübt.